

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

Der Blick auf die Umfragen ist derzeit nicht angenehm und zeigt deutlich, dass die SPD sich umfassend erneuern muss. Am 10. und 11. November hat die Partei deshalb in Berlin ihr Debattencamp abgehalten. An zwei Tagen diskutierten 3.400 TeilnehmerInnen mit unserer Parteispitze darüber, was wir besser machen müssen. Für mich ist wichtig, dass wir uns nicht nur klar abgrenzen, sondern auch deutlich sagen, was wir wollen und wie unser Land in Zukunft aussehen soll. Wir brauchen einen klaren Aufschlag, wofür wir auch jenseits der Tagespolitik in der großen Koalition stehen. Eine Vision im besten Sinne.

Der Bundestag hat im November derweil auf Hochtouren gearbeitet. Zuallererst an unserem alljährlichen Mammutprojekt, dem Bundeshaushalt, den wir nun verabschiedet haben. Informationen zu den einzelnen Akzenten findet ihr links. Doch es waren auch insgesamt intensive Wochen mit zahlreichen namentlichen Abstimmungen. Was es damit auf sich hat, findet ihr auf S. 2 heraus.

**Zu guter Letzt wünsche ich euch ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2019!**

Ever 10.15

## Bundeshaushalt 2019 im Parlament verabschiedet

### Investitionen auf Rekordniveau

Ende November haben wir den Bundeshaushalt 2019 nach umfangreichen Debatten im Parlament verabschiedet. 39 Milliarden Euro investieren wir mit diesem Haushalt, damit noch mehr als im Entwurf der Bundesregierung vorgesehen und ein neuer Rekord nach den bereits kräftigen Aufwüchsen der Vorjahre.

Beim Blick in die Einzelpläne der Ministerien stechen zahlreiche sinnvolle Ausgaben ins Auge. Etwa 351 zusätzliche Stellen bei der Zollverwaltung, die zur Mindestlohnkontrolle eingesetzt werden, oder 100 Millionen Euro zusätzlich für die Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren. 40 Millionen Euro gehen in den Bundesfreiwilligendienst, damit werden unter anderem 2.000 Freiwilligen-Stellen

beim THW finanziert. 330 Millionen Euro werden bis 2026 für den barrierefreien Umbau von Bahnhöfen zur Verfügung gestellt, 4,1 Milliarden Euro zusätzlich für den Breitbandausbau. Das Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wird um 100 Millionen Euro aufgestockt, die Sportfördermittel werden auf 235 Millionen Euro angehoben. Und die Fachkräfteoffensive, mit der Erzieherinnen und Erzieher für Kitas und Horte gewonnen werden, wird in den nächsten beiden Jahren um 30 Millionen Euro gestärkt.

Ich finde: Das sind Investitionen in unseren Zusammenhalt, die sich sehen lassen können. Diesen Weg will ich weiter gehen.

# Berater-Affäre im Bundesministerium der Verteidigung

## Verstöße bei der Vergabe

Neben den Haushaltsverhandlungen und zahlreichen parlamentarischen Terminen stand in den letzten Wochen die Berater-Affäre im Bundesverteidigungsministerium (BMVg) auf der Tagesordnung. Was war passiert? Das Ministerium musste nach Berichten des Bundesrechnungshofes einräumen, dass Verträge in Millionenhöhe freihändig, am Vergaberecht vorbei vergeben wurden, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nicht nachweisbar waren und Eigenleistungsprüfungen regelmäßig ausblieben. Es sind wohl mehrere Dutzend Beraterverträge betroffen. Das genaue Ausmaß ist bis heute nicht bekannt,

weitere Vorwürfe werden geprüft, sogar ein Untersuchungsausschuss steht immer wieder im Raum.

Aber nicht nur Verstöße bei Vergaben im dreistelligen Millionen-Euro-Bereich stehen in der Kritik, sondern auch die Aufklärungsarbeit seitens des BMVg, die bisher fast ausschließlich in homöopathischen Dosen nur auf wiederholte Nachfrage von uns Abgeordneten erfolgt. Ich habe klargemacht, dass alle Vorwürfe schnell und vollständig aufgeklärt werden müssen und sich die Informationspolitik des Verteidigungsministeriums grundsätzlich ändern muss. Das habe

ich der Verteidigungsministerin und ihren Staatssekretären mehrfach und deutlich mitgeteilt. Ebenso wie die Tatsache, dass für die SPD Beraterverträge lediglich punktuelle und vorübergehende Hilfsinstrumente sind. Externe Dritte sind nicht dafür da, hoheitliche oder sicherheitsrelevante Staatsaufgaben zu übernehmen!

Tatsache ist: Das Ministerium muss Gas geben bei der Aufarbeitung der Verstöße, bei der Verbesserung der Informationspolitik und bei einer Neuorganisation, die solche haarsträubenden Vorgänge zukünftig ausschließt.



## HINTER DEN KULISSEN

# Namentliche Abstimmungen im Bundestag

## Farbige Karten und Signaltöne: So laufen Voten im Parlament.

Wenn die Rufanlage in Betrieb ist und eine oder sogar zwei Lampen auf den Bürofluren des Bundestages blinken, weiß man, dass Abstimmungen im Plenum stattfinden. Wird das etwa 20-minütige Klingelzeichen von einem Hupton begleitet und leuchten die beiden Lampen abwechselnd in weißem und rotem Licht, dann müssen alle Abgeordneten sofort ins Plenum. Dieses eindringliche Signal wird nur bei namentlichen Abstimmungen benutzt. Namentliche Abstimmungen erfordern die Anwesenheit aller Abgeordneten, da sie

bei besonders strittigen Fragen von einer Fraktion oder von mindestens 5% der Abgeordneten beantragt werden können und der Dokumentation des Abstimmungsverhaltens der einzelnen Abgeordneten dienen – bei nicht-namentlichen Voten wird schlicht per Handzeichen abgestimmt. Die Ergebnisse werden im Internet auf der Seite des Bundestages veröffentlicht. Diese Methode wird z.B. genutzt, um politische Gegner als unglaublich darzustellen, wenn etwa Abgeordnete aufgrund der Fraktionsdisziplin anscheinend

gegen ihre zuvor geäußerten Überzeugungen stimmen.

Für die Abstimmung benutzen die Abgeordneten Abstimmkarten, die ihren Namen und die Erklärung „Ja“ (blaue Karte), „Nein“ (rote Karte) und „Enthalte mich“ (weiße Karte) tragen. Die Abstimmungskarten befinden sich in verschließbaren Fächern vor dem Plenarsaal und werden in jeweils markierte Urnen geworfen. Wer solch eine Abstimmung unentschuldigt versäumt, muss eine Strafe in Höhe von 100 Euro zahlen.







01. November – Gespräch beim Oldenburger Informatik-Institut OFFIS mit (v.l.) Prof. Wolfgang Nebel, Dr. Holger Peinemann und Prof. Sebastian Lehnhoff.



01. November – In der Kreuzkirche in Eversten habe ich auf Einladung der „Micha-Initiative“ über die Nachhaltigkeitsziele der UN diskutiert.



02. November – Zusammen mit Hanna Naber MdL habe ich ibb matts besucht, die im Zuge der Inklusion Schulbegleitung für Kinder organisieren.



03. November – Mit der SPD Westerstede habe ich am Festumzug zum alljährlichen Herbstmarkt teilgenommen.



10. November – Im Restaurant „Olive“ in Westerstede haben wir das 100-jährige Bestehen des Ortsvereins gefeiert.



12. November – Kennenlernen des Reservistenverbandes, der von Oldenburg bis Wilhelmshaven Ansprechpartner für Reservisten der Bundeswehr ist.



12. November – In Oldenburg habe ich mich über das deutsch-niederländische Bahnprojekt „Wunderline“ informiert.



17. November – In Rostrup war ich bei der Einweihung der neuen AWO-Pflegeeinrichtung. Foto: AWO Weser-Ems / Dennis Leskys.



## Fairen Handel fördern

### Besuch beim Eine-Welt-Laden „Äquator“ in Westerstede

Die meisten von uns kaufen regelmäßig Produkte aus dem globalen Süden, vom Kaffee über Tee bis hin zu Zucker und Schokolade. Doch leider bleibt vom Kaufpreis viel zu wenig für die Landwirte und HandwerkerInnen in Asien, Afrika und Lateinamerika übrig. Denn diese sind von ungerechten Strukturen im Welthandel abhängig, die sie nur schwer ändern können.

Da setzt die Fairtrade-Bewegung an: Güter werden zu fairen Mindestpreisen in Deutschland verkauft, soziale und ökologische Belange groß geschrieben. Darüber habe ich mich nun beim Eine-Welt-Laden „Äqua-

tor“ informiert, der in der Westersteder Innenstadt fair gehandelte Waren von Lebensmitteln bis hin zu Kunsthandwerk anbietet.

Der Eine-Welt-Laden ist als Verein organisiert und lebt vom tatkräftigen ehrenamtlichen Engagement seiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Neben dem Ladenbetrieb leistet der Verein auch wichtige Bildungsarbeit. Wir haben uns über die politischen Rahmenbedingungen für fairen Handel unterhalten, nicht nur über Entwicklungshilfe, sondern auch z.B. über die Kaffeesteuer. Mehr Infos: [www.weltladen.de/westerstede](http://www.weltladen.de/westerstede).

Mit dem Marie-Juchacz-Preis der SPD-Bundestagsfraktion soll die Erinnerung an die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren hoch gehalten werden – für uns eine Selbstverständlichkeit, damals jedoch gegen erhebliche konservative Widerstände erkämpft. Der Preis wird in zwei Kategorien vergeben: Beim „Kreativwettbewerb“ können junge Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren eine Rede zum Frauenwahlrecht in schriftlicher Form, als Poetry Slam, Video oder Tondokument einreichen. Beim „Engagementwettbewerb“ werden dagegen innovative zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen ausgezeichnet, die sich für mehr politische Beteiligung von Frauen engagieren. Die ausgewählten Beiträge werden mit Geldpreisen ausgezeichnet, die GewinnerInnen werden zudem zu einer zweitägigen Berlinfahrt mit Besuchsprogramm eingeladen und nehmen an der feierlichen Preisverleihung im Deutschen Bundestag voraussichtlich im Februar 2019 teil.

Einsendeschluss ist der **04. Januar 2019**. Weitere Informationen gibt's unter [www.spdfraktion.de/marie-juchaczpreis](http://www.spdfraktion.de/marie-juchaczpreis).

## Mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter

### „Rausmodernisieren“ wird erschwert

Mit dem Mieterschutzgesetz haben wir im November die Rechte von Mieterinnen und Mietern gestärkt und Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Mietpreisbremse behoben. Künftig müssen Vermieter ihre Mieter noch vor Vertragsabschluss informieren, ob eine Ausnahme von der Mietpreisbremse vorliegt. Tun sie das nicht, können sie zwei Jahre lang keine Ausnahme geltend machen. Zudem können Mieter überhöhte Mieten einfacher rügen und zuviel gezahlte Miete zurückverlangen.

Ebenfalls tätig geworden sind wir bei der Modernisierung. Künftig dürfen Vermieter statt wie bisher elf nur noch acht Prozent der Modernisierungskosten auf den Mieter umlegen. Und die Miete darf bei Modernisierungen nur noch um höchstens drei Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen, bei Mieten von unter sieben Euro pro Quadratmeter sogar nur um zwei Euro. Die CDU hat diese Regelungen in der vergangenen Legislaturperiode blockiert und nun endlich den Weg frei gemacht.

**DIREKT GEWÄHLT -  
DIREKT ANSPRECHBAR!**

#### Berliner Büro

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227 72 800  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg  
Telefon 0441 99 86 76 01  
E-Mail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

@ [www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)  
f [facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)  
t [twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)